

## Maßgabeantrag zur Magistratsvorlage Nr. 2019/0197: Wohnungspolitisches Konzept der Wissenschaftsstadt Darmstadt - Instrumentenportfolio

### Bezahlbarer Wohnraum - jetzt aber richtig!

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ergänzend zur Magistratsvorlage nimmt der Magistrat folgende Instrumente in sein Portfolio auf und wird für deren Umsetzung tätig:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Mitglieder des Aufsichtsrat der BauvereinAG auf, durch einen entsprechenden Beschluss nicht mehr über dem Mietspiegel der Stadt Darmstadt vermieten dürfen
2. Die Stadt Darmstadt schafft die Voraussetzungen für die bauverein AG, dieses Ziel wirtschaftlich erreichen zu können. Hierzu gehören folgende Maßnahmen:
  - I. eine Baukostensenkung wird erreicht durch vermeiden von Architekturwettbewerben, wo diese nicht zwingend notwendig sind;
  - II. eine Baukostensenkung wird erreicht durch eine Anpassung der Stellplatzsatzung;
  - III. der Verzicht von Ausschüttungen, außer auf die Verzinsung auf das Eigenkapital der bauverein AG an die Stadt Darmstadt. Der Gewinn soll zukünftig in Mietsenkungen investiert werden.
3. Der Magistrat wirkt auf das Land Hessen ein, die Einkommensgrenze für das Förderprogramm mittlere Einkommen zu erhöhen. Bleibt dies erfolglos, soll das eigene Förderprogramm der Stadt Darmstadt aufgestockt werden. In Kooperation mit der bauverein AG sollen Wohnungen unter dem Mietspiegel angeboten werden, welche für Menschen reserviert sind, deren Einkommen über der Einkommensgrenze der Förderung für mittlere Einkommen und unterhalb des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens von derzeit ca. 1680,00€ im Monat liegt, geprüft werden.
4. Für eine Wohnnutzung ausgewiesene Gebiete sollen möglichst in Erbpacht vergeben und nicht verkauft werden. Statt Boden zu privatisieren soll dieser in öffentlicher Hand bleiben, um Bodenspekulationen zu unterbinden.

5. Der Magistrat wird beauftragt, gemeinnützigen Wohnraum in Darmstadt zu etablieren, der ohne öffentliche Förderung auskommt, aber auch keiner Gewinnerzielungsabsicht unterliegt. Ziel ist, auch für Durchschnittsverdienerinnen und -verdiener bezahlbare Neubauwohnungen anbieten zu können. Dafür ist sowohl eine Kooperation mit der Bauverein AG anzustreben als auch das Instrumentenportfolio weiterzuentwickeln, damit private Anbieter beispielsweise über städtebauliche Verträge oder Konzeptvergaben verpflichtet werden, gemeinnützigen Wohnraum anzubieten.
6. Der Magistrat wird beauftragt, zeitnah urbane Gebiete auszuweisen. Somit können auch in Gewerbegebieten und auf Supermärkten Wohnungen geschaffen werden, die darüber hinaus die Mobilitätsbedürfnisse reduzieren.
7. Der Magistrat soll mit dem Landkreis ein regionales Wohnungsbauprogramm aufliegen. Dabei sind Mobilitätsfragen zwingend mit zu berücksichtigen

Darmstadt, 29. August 2019

Tim Huß  
(Stadtverordneter)

Oliver Lott  
(Stadtverordneter)

Michael Siebel  
(Fraktionsvorsitzender)